

Cité Pasteur mit Zukunft? 2  
Anwohner wollen Antworten

Der Linke für Reinickendorf 3  
Stefan Liebich: „Bin für Sie da.“

## Hartz-IV-Regelsätze verfassungswidrig

**WIR sprach mit Felix Lederle, Mitglied des Landesvorstandes der LINKEN Berlin**

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVG) vom 9. Februar zu den Hartz-IV-Regelsätzen ist erfreulich. Eine Ohrfeige für SPD und Grüne als Verfasser und für CDU/CSU und FDP als Befürworter der „Armut per Gesetz“.

**Felix, was hat das Gericht denn im Kern entschieden?**

Das BVG hat festgestellt, dass die Hartz-IV-Regelsätze nicht transparent berechnet werden und nicht vom tatsächlichen Bedarf ausgehen. Erstmals wurde das soziale Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums explizit anerkannt. Der daraus folgende Leistungsanspruch umfasst laut BVG nicht nur die physische Existenz, sondern auch die gesellschaftliche, kulturelle und politische Teilhabe.

Und das BVG hat einen verfassungsrechtlichen Anspruch für besondere Bedarfe des Individuums festgeschrieben sowie die „Bedarfsgemeinschaft“ auf zivilrechtliche Ansprüche beschränkt.

**Wie ist das Urteil politisch einzuordnen? Ist Hartz IV gescheitert?**

Die rot-grüne Hartz-Gesetzgebung zielte v.a. darauf ab, die Lohnkosten im Arbeitgeberinteresse zu senken. Reguläre wurde durch prekäre Beschäftigung ersetzt, Lohn-dumping politisch unterstützt. Die schwarz-gelbe Bundesregierung

führt die Politik der Umverteilung von unten nach oben fort. Eine Politik aber, die Armut, Entmündigung und permanent Krisen produziert, sehe ich als Inbegriff des Scheiterns.

**Was fordert DIE LINKE ?**

Die Bundesregierung muss das BVG-Urteil verantwortungsvoll umsetzen - auf der Grundlage einer breiten gesellschaftlichen Debatte, die die Kosten für Gesundheit, gesunde Ernährung, Bildung und Mobilität berücksichtigt. Gebraucht wird ein Gesetz, das den verfassungsrechtlich erforderlichen Leistungsumfang mittels eines transparenten und sachgerechten Verfahrens bestimmt und eine zeitnahe Anpassung der Leistungen an gesellschaftliche Veränderungen vorsieht.

**Was bedeutet dies nun konkret - für die Kinder? Wird alles besser?**

Aus Sicht des BVG reicht es leider bereits aus, wenn der vorgesehene Leistungsanspruch, v.a. was das physische Existenzminimum betrifft, nicht eindeutig unzureichend ist.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung wird nicht weiter gehen, als unbedingt notwendig. Der Antrag der Linksfraktion, die Regelsätze sofort deutlich zu erhöhen, wurde erneut abgelehnt. Es steht zu befürchten, dass unter Schwarz-Gelb Leistungen in Form von stigmatisierenden Sach- oder Dienstleistungen erbracht werden.



Allen Mädchen und Frauen herzlichen Glückwunsch zum Frauentag!

**Welche Konzepte hat DIE LINKE?**

DIE LINKE fordert eine bedarfsdeckende, sanktionsfreie Mindestsicherung, die vor Armut schützt und gesellschaftliche Teilhabe in der Praxis ermöglicht. Sie hat Finanzierungsvorschläge hierfür unterbreitet. Das ALG I soll länger bezahlt werden. Wir wollen eine Erhöhung des Lohnniveaus durch einen gesetzlichen Mindestlohn und prinzipiell sozialversicherungspflichtige Arbeit erreichen.

Durch öffentliche Investitionen in Bildung, Verkehr, Energiewende und Gesundheit soll Nachfrage angekurbelt werden, wodurch neue Arbeitsplätze entstehen würden. Wir wollen den Öffentlichen Dienst stärken und einen dauerhaften, gesellschaftlich organisierten Öffentlichen Beschäftigungssektor schaffen.

### Petra Pau zu Gast im Roten Laden

Zur offenen Mitgliederversammlung am

**Montag, dem 22. März 2010, ab 18.00 Uhr**

erwartet die LINKE Reinickendorf die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Petra Pau (DIE LINKE). Thema:

**„DIE LINKE - eine sozialistische Bürgerrechtspartei?“**

# Entwickeln oder platt machen?

## Anwohner fragen: Hat die Cité Pasteur eine Zukunft?

DIE LINKE hat sich mit einer Einwohnerfrage in der BVV erkundigt, ob die Aufgabe der Cité Pasteur im Zuge der Nachnutzung von Tegel (TXL) unumgänglich sei. Baustadtrat Lambert (CDU) antwortete, diese sei Eigentum des Bundes und gehöre baurechtlich zur Flughafenerweiterungsfläche. In der geplanten Änderung des Flächennutzungsplanes sei dort eine gewerblich-industrielle Nutzung vorgesehen. Das sei jedoch langfristiges Ziel, es werde nichts „platt gemacht“.

Auf die Nachfrage, ob verhindert werde, dass über die Köpfe der Anwohner hinweg entschieden werde, entgegnete Lambert, die Zukunft der Wohnsiedlung hänge von der konkreten Nachnutzungsentscheidung ab. Es werde „nichts übers Knie gebrochen“, und er gehe auch davon aus, dass die Mieter frühzeitig in die Planung einbezogen würden.

Während eines Informationsbesuches in Reinickendorf lud **Uwe Doering, bau- und wohnungspolitischer Sprecher der Linksfraktion**

im Berliner Abgeordnetenhaus, am 19. Februar die Anwohner der Cité Pasteur zu einer Bürgersprechstunde vor Ort (und draußen) ein.

Die Resonanz war groß - und verständlich. Denn, obwohl der Bund seinen Instandhaltungsbzw. Sanierungspflichten seit Jahren offenbar nicht nachkommt, wurde den Mietern zum 1. April (nein, kein Scherz!) eine Erhöhung der Grundmiete zwischen 50 und 60 Euro mtl. angekündigt. Das provoziert, gelinde ausgedrückt, Unverständnis und wütende Reaktionen.

### Attraktive Wohngegend

Der Bund suche schon lange erfolglos einen Käufer für die Wohnsiedlung, so die Anwohner. Nun käme noch der drohende Abriss der Siedlung im Zuge der Nachnutzung des Flughafensareals hinzu. Befriedigende Informationen seitens der Hausverwaltung gäbe es aber nicht.

Für die meisten Mieter bietet die Cité Pasteur wohl auch zukünftig ein gutes Wohnumfeld, Sie wollen dort bleiben, natürlich vorausgesetzt die Entwicklung der Miethöhe setzt dem keine Grenzen.

Vereinbart wurde, dass die LINKE die Planungen des Bundes in Erfahrung bringt und zeitnah eine Informationsveranstaltung anbietet.

Jürgen Schimrock

## Für wie blöd hält die CDU die BVV?

Wenn man sich politisch schon nicht durchsetzen kann, kann man sich die Erfolge anderer zu eigen machen. Das durchsichtige Agieren der CDU in der Februar-BVV allerdings beleidigt die Zunft der Trickspieler. Was war passiert?

Bezirksstadtrat Lambert erläuterte in der Beantwortung einer Großen Anfrage zum Nachnutzungskonzept TXL die Eckpunkte eines Positionspapiers des Bezirksamtes (BA) vom 8. Dezember 2009, die von der Senatsverwaltung angeblich aufgegriffen worden seien. Die Aufgabe des Flughafens sei eine „Herausforderung“ für den Bezirk: Betroffen seien 8 000 Arbeitsplätze direkt, bis zu 15 000 indirekt. Nach dem Senatsbeschluss bleibe ein Jahr, den Flächennutzungsplan für das Flughafenareal zu ändern.

Lambert verwies auf Vorschläge der Senatsverwaltung, der IHK, der CDU Berlin und der SPD Reinickendorf (*Vorschläge der LINKEN schien er nicht zu kennen*), die „in die richtige Richtung“ gingen. Ökonomie und Ökologie müssten zusammen gedacht werden.

In der Debatte wettete dann die CDU gegen „rot-rote Hirngespinnste“ und den Senat, der „nicht aus den Puschen“ komme. Ihre Sicht, sie hätten den Senat überzeugt, endlich zu handeln, wertete SPD-Fraktionsvorsitzender Brockhausen als „vermessen“, erinnerte an die jahrelange Blockadehaltung der CDU und Untätigkeit des CDU-geführten BA.

Dass ein Teil der „Reinickendorfer Partei“ auch heute noch alten Zeiten nachtrauert, zeigte deren spontaner Beifall, als FDP-Fraktionsvorsitzender Vetter zum wiederholten Male die Schließung des Flughafens als „Fehler“ bezeichnete.

Klaus Gloede

## BVV-Splitter

### 38. Sitzung, 10.2.2010

Mitglieder der LINKEN stellten in der BVV zwei Einwohnerfragen:

**Andreas Odebrecht** fragte nach der Zukunft der **Cité Pasteur** im Rahmen einer **Nachnutzung des Flughafens Tegel** (s. Artikel links oben).

**Michael Rohr** erkundigte sich nach der **„Berliner Erklärung“** der zwölf Berliner Bezirksbürgermeister vom 18. Januar 2010. Ohne auf Details einzugehen, informierte Bezirksbürgermeister Balzer (CDU), dass diese sich im Rahmen einer Fachtagung auf eine gemeinsame Strategie gegen rechtsextreme Parteien geeinigt hätten.

**Mündliche Anfragen:** Im Zentrum des Interesses der Bezirksverordneten standen die **Folgen des Winters**. Ob der **Mindestlohn beim Wachschutzpersonal** im Bezirksamt (BA) eingehalten werde, wollte H.v.Marschall (B90/Grüne) wissen. Das BA zahle den Tariflohn, also 6,25 Euro, so Lambert (*d.h. unter einem Mindestlohn von 8,50 Euro!*). Tatsächlich wären es aber nur 3,80 Euro, hielt der Fragesteller entgegen. (*Vielleicht sollte das BA einfach mal kontrollieren!?*)

**Große Anfragen:** - **„Konzeptentwicklung Nachnutzung Flughafen Tegel“** (CDU, Drs.-Nr.: 1067/XVIII), (s. Artikel links unten).

- **„Wirtschaftsförderung. Bestandsaufnahme - und wie weiter?“** (B90/Grüne, Drs.-Nr.: 1073/XVIII) - Bezirksstadtrat Lambert, der bei der Umbildung des BA das Wirtschaftsressort übernommen hatte, gab einen Überblick über die Schwerpunkte „seiner“ Wirtschaftspolitik im Bezirk. Sein Credo: Er wolle vor Ort sein, nicht Papier voll schreiben. Seine Fraktion glaubte sogar „frischen Wind“ im BA zu entdecken. Aber: Dass Reinickendorf nicht mehr „ganz oben“ steht, fiel angesichts der Erwerbslosenzahlen (*Platz 9! in Berlin*) wenigstens der FDP auf.

- **„Gute-Nacht-Café für Wohnungslose in Wittenau“** (SPD, Drs.-Nr.: 1056/XVIII) - „Soll nicht geschlossen werden“, „soll doch“ - Stadtrat Ruschin (CDU) und die Vorsitzende des Sozialausschusses, Frau Hiller-Ewers (SPD) beriefen sich beide auf Gespräche mit der Superintendentin des Evangelischen Kirchenkreises. Es sei ein Skandal, dass der Bezirk für die Obdachlosen nichts Eigenes habe, resumierte B90/Grünen-Fraktionsvorsitzende Petters. Friedrich Wilhelm



Cité Pasteur: Letzte Ausfahrt „Abriss“?

Foto: Klaus Gloede

Die Infos zu den Vorschlägen der LINKEN zur Nachnutzung TXL und den Aktivitäten des Senats unter: [www.die-linke-reinickendorf.de/txl](http://www.die-linke-reinickendorf.de/txl)

Mehr Infos zu kommunalen Themen und der BVV unter:

[www.die-linke-reinickendorf.de/kommunales/](http://www.die-linke-reinickendorf.de/kommunales/)

# Der Linke für den ganzen Norden!

## Stefan Liebich: Ich betrachte mich als Ihren Interessenvertreter im Bundestag

### Liebe

### Reinickendorferinnen und Reinickendorfer!

Bei den Bundestagswahlen am 27. September 2009 hat Frank Steffel von der CDU mit deutlichem Abstand das Direktmandat in Ihrem Bezirk gewonnen. Auf die Kandidaten der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und unserer Partei DIE LINKE entfielen jedoch insgesamt auch fast 50 Prozent der abgegebenen Stimmen, aber keiner der drei Kandidaten hat den Sprung in den Bundestag geschafft.

Da die Politik der Regierungsmehrheit von CDU/CSU und FDP, für die Frank Steffel steht - also die Entlastung von Hoteliers statt der Länder und Kommunen, die

Aufstockung der Anzahl der Soldaten in Afghanistan statt deren Abzug, die Beschimpfung von Hartz-IV-Empfängern statt Erhöhung der Regelsätze und Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns - immer auch Alternativen braucht, werde ich als Bundestagsabgeordneter für den ganzen Norden Berlins arbeiten.

Ich wohne in Berlin-Wilhelmsruh, also an der Grenze zwischen Reinickendorf und Pankow, und habe den Wahlkreis Pankow gewonnen.

Wenn Sie sich also durch Frank Steffel nicht ausreichend vertreten fühlen, scheuen Sie sich nicht, mich und mein Team mit Ihren Anliegen anzusprechen. Ich bin für Sie da.

**Ihr Stefan Liebich,  
MdB / DIE LINKE**

## Der Pragmatische

Liebich hat bei der Bundestagswahl für eine große Überraschung gesorgt. Er gewann den Bezirk Berlin-Pankow direkt, zu dem auch Prenzlauer Berg mit seinen vielen jungen zugezogenen Menschen aus allen Teilen des Landes gehört...

Liebich, der eine stramme Parteikarriere hinter sich hat und 1990 bereits als 18-Jähriger in die PDS eintrat, ist Sprecher des einflussreichen Forums demokratischer Sozi-

alismus. Hier organisieren sich Teile des reformorientierten Flügels der Partei. Liebich könnte das neue Gesicht der Außenpolitik der Linken werden. Eines, das nicht mehr nur Radikalopposition verkörpert.

„Utopien sind wichtig, gerade in der Friedensfrage“, sagt Liebich. Doch in einer Welt voller akuter Konflikte gelte es auch, Antworten zu geben, die aus der aktuellen Situation herausführen.

*Die Welt, 9.1.2010*

## Positionen

*Die Linke hatte immer eine klare Antikriegshaltung. Aus Prinzip, einem guten Prinzip. Krieg darf kein immer normaler werdendes Mittel der Politik werden. Hier stimmen wir mit der großen Mehrheit der Bevölkerung überein.*

*Rede auf dem Landesparteitag der Berliner LINKEN, 28. November 2009*

*Bundesregierung und EU sollten sich viel stärker als bisher zunächst für ein Ende der Blockade von Gaza einsetzen – egal wie man sich zu der dort agierenden Autorität, der Hamas, verhält. Für uns als LINKE ist sie keine Bündnispartnerin. Aber egal wie man zu ihr steht, man kann nicht ein Volk, wie es gegenwärtig passiert, für ihre Vergehen in Geiselnhaft nehmen. Und genau das passiert.*

*Interview für „Neues Deutschland“ vom 22. Januar 2010*

*Wir bleiben dabei: Der Kampf gegen den Terrorismus kann gewonnen werden, ein Krieg dagegen nicht.*

*Rede im Deutschen Bundestag, 3. Dezember 2009*

### Stefan Liebich,

*Jg. 1972, Diplom-Betriebswirt, Direktmandat im Wahlkreis 77 (Pankow), Ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, stellv. Mitglied in den Ausschüssen für die Angelegenheiten der Europäischen Union und Verteidigung*



*Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, dass Linke auch regieren können müssen. Wir tun das ja hier in Berlin. Unsere Aufgabe wird es sein, in der Opposition gemeinsam mit SPD und Grünen linke Projekte zu entwickeln, um die schwarz-gelbe Regierung möglichst bald zu Fall zu bringen.*

*Stefan Liebich in der taz 29.9.2009*

**Stefan Liebich**  
auf der  
Aghanistan-  
Demo am  
20. Februar

Foto:  
Wolfgang Klinko

## Tierisches Präsent



**Der Fuchs ist eigentlich das „Markenzeichen“ dieser Zeitung und anderer Publikationen der LINKEN Reinickendorf. Nun haben wir einen „echten“ geschenkt bekommen - und er darf bleiben. Wir freuen uns, herzlichen Dank.**

*Foto: Klaus Gloede*

**Stefan Liebich,**  
Deutscher  
Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030-227-73621  
stefan.liebich@  
bundestag.de  
www.stefan-  
liebich.de

# Das große Umdeuten

## 22. Tegeler Dialog mit Prof. Dr. Karin Kulow: „Ist uns der Islam wirklich fremd?“

Also ehrlich: Die Älteren unter uns, auch wenn sie sich nicht als Christen betrachten, kriegen das Vaterunser, die zehn Gebote und vielleicht das christliche Glaubensbekenntnis noch so leidlich zusammen. Aber die Schahada, das muslimische Glaubensbekenntnis? Die Muslime beten und sie essen anders, als wir es von unseren Christen kennen, sie fasten im Ramadan, und fast noch befremdlicher: annähernd 80 Prozent unserer muslimischen Miteinwohner nehmen ihre religiösen Pflichten sehr ernst.

### „Friede sei mit euch“

Und dann also diese Frage, ob uns der Islam wirklich fremd sei? Prof. Dr. Karin Kulow, Arabistin und Islamwissenschaftlerin mit langjährigen praktischen Erfahrungen, verblüffte tatsächlich mit der Aussage, man solle nicht nur vom jüdisch-christlichen Abendland reden; es sei durchaus auch muslimisch. Alle drei Religionen seien Offenbarungsreligionen, sie glauben an einen alleinigen Schöpfergott. Ihr höchster Segenswunsch hat den gleichen Sinn: Scholem alejchem, Salam aleikum, Friede sei mit euch.

Die Anhänger aller drei Religionen ehren den biblischen Erzvater Abraham als Ahnen. Das islamische Frauenbild stammt aus der Bibel. Die Muslime erkennen Jesus als wichtigen Propheten an, wenngleich nicht als Erlöser. Und sie meinen, dass Juden und Christen als „Kinder des Buches“ - wenn sie denn nach ihrem Glauben leben - auch ohne Bekehrung in den Himmel kommen. Im Übrigen führen wir unsere Kontobücher mit arabischen Ziffern und

nutzen arabische Algebra und Logarithmen. Das europäische Erbe enthält vieles aus dem arabischen Raum.

Ja, aber die Phase der Aufklärung, die zur Trennung von Religion und Staat und zu geistiger Freiheit führte, habe die islamische Welt erst noch vor sich? Entschuldigung, sagt Prof. Kulow, aber Voltaire, Diderot & Co. standen auf den Schultern von Ibn Sina (lat. Avicenna, 980 -1037) und Ibn Ruschd (lat. Averroes, 1126 - 1198), die den vergessenen Aristoteles nach Europa zurückbrachten, wobei Averroes zudem die Ketzerthese aufstellte, es gäbe neben der göttlichen noch eine wissenschaftliche Wahrheit.

Ungefähr fünf Prozent der in Deutschland lebenden Menschen bekennen sich zum Islam. Wieso befürchten viele Deutsche, dass ein gedeihliches Miteinander auf Dauer nicht möglich sei und Deutschland sogar Geisel in einem Krieg der Kulturen werden könne?

### Wonach wird hier gefischt?

Tatsächlich wechseln in unseren Medien das Gewalt-Gen bei den Muslimen und das Faulheits-Gen bei den Hartzgeldbezieherinnen schubweise als Gegenstand der Nachrichtengebung ab. Wer bei voraussehbaren sozialen Verwerfungen im Trüben fischen will, muss rechtzeitig Prügelknaben bereit stellen. Gefahr gehe immer von denen aus, die politische, ökonomische und soziale Fragen in ethnische, religiöse oder kulturelle umdeuten, so Prof. Kulow, und die aus Einzelercheinungen einen Generalverdacht gegen ganze Bevölkerungsgruppen machen. *Hans Schuster*

## Am Rande Demaskierung

Am Ende der Karnevalszeit lässt der Narr seine Maske fallen. Zum Vorschein kommt das wahre Gesicht. Vorbei die närrische Zeit, in der (fast) alles erlaubt ist, in der die Jecken verklausuliert oder direkt Wahrheiten aussprechen (dürfen), die im „richtigen“ Leben tabu sind. Der Narr kehrt zurück in sein wahres Leben - meist wieder angepasst und unauffällig – bis die Uhr am nächsten 11.11. wieder 11:11 schlägt.

Der amtierende Vizekanzler unserer Republik, der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle, hat keine Maske. Er braucht keine. Er verteilt auch keine „Kamelle“.

Wenn er, vor dem Hintergrund fallender Umfragewerte für seine blau-gelbe Klientelpartei, Tacheles redet, zeigt er sein wahres Gesicht. Seine diffamierenden Äußerungen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Hartz IV-Regelungen entlarven ihn - im Sinne des Wortes. Die Verhöhnung von Millionen Männern, Frauen und Kindern, die auf staatliche Sozialleistungen angewiesen sind, bewegt sich „mindestens am rechten Rand propagandistischer Aussagen“ (Katja Kipping, MdB, DIE LINKE).

Es scheine in Deutschland „nur noch Bezieher von Steuergeld“ zu geben, die Debatte trage „sozialistische Züge“, wer „anstrengungslosen Wohlstand“ verspreche, lade zu „spätromischer Dekadenz“ ein, so unser Vizekanzler. Diesen „spätkapitalistischen Irrsinn“ (Brigitte Pothmer, MdB, Grüne) kommentiert Heiner Geißler (CDU): „Die spätromische Dekadenz bestand darin, dass die Reichen nach ihren Fressgelagen sich in Eselsmilch gebadet haben und der Kaiser Caligula einen Esel zum Konsul ernannt hat.“ Insofern stimme Westerwelles Vergleich. „Vor 100 Tagen ist ein Esel Bundesaußenminister geworden“. Dem ist nichts hinzuzufügen. *F. Reineke*

## Termine

**Beratung in Hartz IV-Angelegenheiten** jeden Mittwoch **von 16 bis 18 Uhr**. Am Dienstag, dem **23. März von 11 bis 13 Uhr** kostenloser **Sozialbruch** der LINKEN Reinickendorf.

Am Mittwoch, dem **7. April von 17 bis 19 Uhr** kostenlose Rechtsberatung zu sozialen Fragen (Hartz IV) von Rechtsanwalt Holger Lange. Alle Angebote im Roten Laden.

**Impressum**  
Herausgeber:  
Landesvorstand  
Berlin der Partei  
DIE LINKE.,  
V.i.S.d.P.:  
Yusuf Dogan

**Wir in  
Reinickendorf**  
wird vom  
Bezirksverband  
finanziert.

**Spenden**  
sind ausdrücklich  
erwünscht:  
DIE LINKE.  
Reinickendorf,  
Berliner Bank,  
BLZ: 100 200 00,  
Kontonummer:  
4384 816812.

### Hier finden Sie uns:



## Roter Laden

Schloßstraße 22  
13507 Berlin-Tegel

Öffnungszeiten:  
Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr  
Di u. Do 11.00 bis 13.00Uhr

Tel.: 4373 2630  
Fax: 4373 2632

e-mail:  
redaktion@die-linke-  
reinickendorf.de